

Beschluss des Studierendenparlaments vom 27. Oktober 2011

Die Wohnsituation in Hamburg ist besorgniserregend. Probleme wie Büroleerstand, Wohnungsmangel, durch großen Andrang in den letzten Jahren stark gestiegene Mieten, Segregation, in vielen Fällen Diskriminierung bei der Vergabe von Wohnungen betreffen viele Studierende; insbesondere Studienanfänger*innen.

Daher ruft die Verfasste Studierendenschaft der Uni Hamburg dazu auf, auf die große Wohnungsnot von Studierenden aufmerksam zu machen und sich an Aktionen diesbezüglich zu beteiligen.

Wir fordern daher:

- eine konsequente Durchsetzung des Rechts auf Wohnraum, das für jede Person unabhängig von Alter, Nationalität, Aussehen, Geschlechts und/oder der Größedes Geldbeutels bestehen muss.
- Wohnrecht für Flüchtlinge
- Maßnahmen mit der Perspektive, Studierenden zeitnah Wohnraum zu Preisen,

verträglich mit dem BAFöG-Höchstsatz zu ermöglichen. Hierfür ist ein Ausbau der Kapazitäten von Studierendenwohnheimen ebenso nötig wie die Umwidmung von Gewerbeflächen und Leerstand in Wohnraum. Auch der Ausbau von kommunalem Wohnraum kann hierfür einen ersten Schritt darstellen.

Die Verfasste Studierendenschaft ruft dazu auf, die bestehenden Probleme möglichst schnell anzugehen, da die Nachfrage nach Wohnraum in den nächsten Jahren in immer stärkerem Maße steigen wird.